

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2018–2021

2. Sitzung 2020

Datum Montag, 22. Juni 2020
Zeit 18.00 Uhr
Ort Stadtsaal

Vorsitz Barbara Willisegger, Ratspräsidentin
Protokollführer Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrats

Dr. Mischa Berner (glp), Einwohnerrat
Dr. Adrian Borer (glp), Einwohnerrat⁵
Salome Fankhauser (SP), Einwohnerrätin
Maja Freiermuth (FDP), Einwohnerrätin⁴
Markus Gfeller (SVP), Einwohnerrat
Stefan Giezendanner (SVP), Einwohnerrat
Rudolf Günthardt (FDP), Einwohnerrat⁴
Gian Guyer (Grüne/Alternative), Einwohnerrat
Attila Gygax (glp), Einwohnerrat
Daniel Gygax (FDP), Einwohnerrat
Nathalie Gysin (glp), Einwohnerrätin
Viviane Hösli (SP), Einwohnerrätin
Liliane Hofer (SP), Einwohnerrätin^{4, 5}
Matthias Hostettler (Grüne/Alternative), Einwohnerrat^{4, 5}
Dr. Tobias Hottiger (FDP), Einwohnerrat⁵
Irma Jordi (DYM/CVP), Einwohnerrätin
Marija Jurisic (Grüne/Alternative), Einwohnerrätin
Thomas Keller (FDP), Einwohnerrat
Dr. André Kirchhofer (FDP), Einwohnerrat
Franziska Kremer (SP), Einwohnerrätin
Nadia Kuhn (SVP), Einwohnerrätin
Yvonne Lehmann (SP), Einwohnerrätin
Raphael Lerch (SVP), Einwohnerrat⁴
Oliver Maurer (DYM/EVP), Einwohnerrat
Marco Negri (SVP), Einwohnerrat⁴
Dr. Christian Nöthiger (SP), Einwohnerrat²

Sandra Olar (SP), Einwohnerrätin
Dr. Andrea Plüss-Bernhard (DYM/EVP), Einwohnerrätin³
Erich Roth (DYM/CVP), Einwohnerrat
René Schindler (SVP), Einwohnerrat
Claudia Schürch-Meder (DYM/EVP), Einwohnerrätin⁵
Yolanda Senn Ammann (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Dr. Anders Sjöberg (glp), Einwohnerrat⁴
Pascal Stenz (FDP), Einwohnerrat³
Michael Wacker (SP), Einwohnerrat⁴
Moritz Weber (SVP), Einwohnerrat⁵
Robert Weishaupt (DYM/CVP), Einwohnerrat⁴
Barbara Willisegger (SVP), Einwohnerrätin¹
Martin Willisegger (SVP), Einwohnerrat

Entschuldigt

Christian Läubli (FDP), Einwohnerrat

Legende

¹Präsidentin
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in
⁴Mitglied FGPK
⁵Fraktionspräsident/in

Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme Nachrücken von Marija Jurisic in den Einwohnerrat	238
2. Mitteilungen	239
3. Einbürgerungen GK 144-148 5 Einbürgerungsvorlagen (anonymisiert per 22.09.2020)	239
4. Jahresbericht und Jahresrechnung GK 134 Jahresbericht und Jahresrechnung 2019 der Einwohnergemeinde	240
5. Gemeindeordnung GK 136 (Synopsis [inkl. Parlamentarische Vorstösse GK 55 und GK 107]) Revision Gemeindeordnung	244
6. Verwaltungsorganisation GK 149 Weiterbildung Zofingen – Verselbständigung	250
7. Reglemente GK 143 Teilrevision Baugebührenreglement – Erhöhung der Mindestgebühr für Baugesuche und Verankerung der Konzessionsgebühr	252
8. Strominfrastruktur GK 141 Strominfrastruktur Altstadt, Erweiterung Stromnetzanschlüsse	256
9. Parlamentarische Vorstösse GK 128 Interpellation der Fraktion Grüne/Alternative vom 16. September 2019 betreffend Messwerte von Pestiziden und Metaboliten im Grundwasser; Beantwortung GK 132 Interpellation von Andrea Plüss (DYM/EVP) vom 26. November 2019 betreffend Arbeitsfortschritt "Erstellung Abwasserkataster für die Hausanschlüsse"; Beantwortung	259
10. Umfrage	259

Traktandum 1 – Begrüssung / Inpflichtnahme

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die Medienschaffenden sowie die Zuschauenden auf der Tribüne.

Infolge der vollgepackten Traktandenliste hält sie ihre Antrittsrede kurz. Sie resümiert die Corona bedingt speziellen letzten Monate seit ihrer Wahl zur Einwohnerratspräsidentin.

Ihr ist wichtig, dass der Einwohnerrat gemeinsam nach vorne schaut und zum Wohle der Stadt und deren Bevölkerung entscheidet. Ebenfalls wichtig ist ihr, dass die Sitzungen effizient, konstruktiv und zielgerichtet abgehalten werden können. Sie bittet die Ratsmitglieder ihre Wortmeldungen kurz und bündig zu halten und auf Wiederholungen vom Vorredner wie auch aus der Vorlage zu verzichten.

Sie freut sich auf die Zusammenarbeit mit allen und stellt sich als Präsidentin voll und ganz in den Dienst des Rates und der Bevölkerung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Die Präsidentin erläutert die Pausenordnung sowie die Getränkestationen und macht auf die geltenden Abstandsvorschriften aufmerksam.

Es steht das Nachrücken von Marija Jurisic in den Einwohnerrat an. Die Präsidentin begrüsst Marija Jurisic zu ihrer ersten Sitzung im Einwohnerrat. Sie folgt auf Daniel Hölzle, welcher per 11. Mai 2020 aus dem Einwohnerrat ausgetreten ist.

Die Verabschiedung von Daniel Hölzle hat die Einwohnerratspräsidentin bereits persönlich vorgenommen und die Präsente der Stadt Zofingen überreicht.

Marija Jurisic wird aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird die anwesende Marija Jurisic von der Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Marija Jurisic durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet. Marija Jurisic ist damit in Pflicht genommen und kann ihre Tätigkeit aufnehmen.

Ebenso begrüsst die Präsidentin die an der Korrespondenzsitzung in Pflicht genommenen Mitglieder und bittet diese, kurz aufzustehen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich Christian Läubli (FDP).

Der Rat ist somit mit **39 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 11. Mai 2020** wurde am 12. Mai 2020 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 22. Mai 2020 ab. Innerhalb der Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen.

Die Präsidentin erläutert die neuen Fraktionsverhältnisse nach dem Austritt der glp aus der Fraktion DYM.

Als Tischaufgabe liegt der Jahresbericht 2019 des städtischen Museums auf.

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Überparteiliche Motion betreffend Revision BNO/Kulturobjekte
- Motion Mehrweggeschirr an öffentlichen Anlässen der Grünen/Alternativen

Traktandum 3 – Einbürgerungen

GK 144-148 (anonymisiert per 22.09.2020)

Eintreten ist nicht bestritten.

Rudolf Günthardt (FDP), Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Einbürgerungen sorgfältig geprüft und schlägt dem Einwohnerrat vor, diese zu genehmigen. Die FGPK schliesst sich dieser Beurteilung an und empfiehlt Zustimmung zu den Gesuchen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

GK 144

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 145

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 146

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 147

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 148

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Den Antragsstellenden wird vom Ratspräsidium gratuliert (Applaus).

Traktandum 4 – Jahresbericht und Jahresrechnung

GK 134

Jahresbericht und Jahresrechnung 2019 der Einwohnergemeinde

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Wie immer wurde von Stadtrat, Verwaltung und FGPK sehr grosse Arbeit geleistet. Die Präsidentin verdankt diese.

Eintreten ist nicht bestritten.

Robert Weishaupt, Referent FGPK

Die Rechnungsprüfung der FGPK hätte am 19. März beginnen sollen. Aufgrund von Corona hat die Sitzung nicht stattfinden können. Die Rechnungsprüfung wurde trotzdem wie üblich in Zweierteams

durchgeführt. Der FGPK Präsident dankt allen, die einen Beitrag zur Prüfung geleistet haben. Mehrheitlich, aber nicht überall, ist ein positives Resultat herausgekommen. Die Erfolgsrechnung schliesst um ca. CHF 500'000 besser ab als geplant. Die Sondereffekte der vergangenen Jahre sind nicht zum Tragen gekommen, sondern die Verwaltung hat mit CHF 1.9 Mio. Minderausgaben grosse Budgetdisziplin bewiesen, was verdankt wird. Wir haben eine gute Verwaltung. Die FGPK schaut nicht nur die nackten Zahlen an, sondern auch die Verwaltung – dies anhand des Mehrjahresplanes. Die Prüfungsmatrix kann im Schlussbericht eingesehen werden. Die Qualität der Antworten zu den politischen und technischen Fragen ist zumeist sehr gut, einige wurden aber schon fast etwas von oben herab beantwortet. Eine Rose würde dem Bereich Hochbau und Liegenschaften für die Reorganisation des Hauswartpools zustehen. Hoffentlich verdienen auch die Tagesstrukturen bald eine Rose. Sie haben von sich aus ein Audit machen lassen, welches einige Schwächen aufgezeigt hat. Nun geht es darum, Verbesserungen umzusetzen. Gerne wird auch dem Werkhof eine Rose erteilt. Gut geführt und sehr gut dokumentiert und dies seit Jahren. Der Kaktus geht dieses Jahr an den Stadtrat für diverse Baustellen, wie Stadtsaal, Seniorenzentrum, Tiefbau, Soziales, Liegenschaftskonzept oder Abfall (Unterflursammelstellen). Vor allem beim Abfall wird ein konstruktives Miteinander erwartet. Zurück zu den Finanzen: Die Selbstfinanzierung ist bei CHF 6 Mio. Der Cashflow ist mit 10 % wenigstens von ungenügend auf genügend gestiegen. Für einen guten Wert müssten CHF 10 Mio. Selbstfinanzierung erreicht werden. Auch im Budget 2020 ist die Selbstfinanzierung mit CHF 5.3 Mio. und einer Cashflow-Marge von 8.5 % zu tief und in der Einstufung ungenügend. Das Fazit ist ganz einfach: Entweder ist der Steuereffuss zu tief oder die Nettoinvestitionen sind zu hoch. Wir müssen also sehr gut auf die finanziellen und personellen Ressourcen achten. Die Auswirkungen von Corona auf die Steuereinnahmen sind noch offen. Bei den Aktiensteuern kann – bei dem schwachen Ergebnis – nicht viel verloren gehen. Aufwärts geht es, wenn alle Zofingerinnen und Zofinger das heimische Gewerbe unterstützen. Z. B. durften bei der Sanierung Schulhaus Mühlethal sehr viele einheimische Rechnungen verzeichnet werden. Der Stadtrat soll versuchen, möglichst viele Aufträge ans heimische Gewerbe zu vergeben, wo dies submissionsrechtlich erlaubt ist; ein gewisser Spielraum ist vorhanden. Abschliessend wird den Mitgliedern der FGPK für die Arbeit und Patrick Siegrist insbesondere für den neuen Schlussbericht gedankt. Die FGPK empfiehlt die Jahresrechnung in allen Punkten zur Annahme.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum FDP

Die wichtigsten Kennzahlen sollten den Anwesenden bekannt sein. Es wird auf Details verzichtet. Die FDP dankt der FGPK, dem Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeit und den ökonomischen Umgang mit den Mitteln. Das Ergebnis ist mit CHF 500'000 über Budget und dies, obwohl die Steuererträge unter Budget sind. Wir dürfen uns aber nichts vormachen. Die Selbstfinanzierung ist nicht gut, es resultierte bei CHF 9 Mio. Investitionen ein Fehlbetrag von CHF 3 Mio. Im Investitionsplan sind in den kommenden 10 Jahren hohe Ausgaben geplant. Es braucht eine höhere Selbstfinanzierung als die CHF 6 Mio. Wie weiter also? Nebst einer strikten Ausgabendisziplin muss künftig Machbares noch stärker von Wünschbarem getrennt werden. Aus der Rechnung 2019 seien exemplarisch 3 Punkte hervorgehoben:

1. Musikschule: Im Reglement heisst es, dass die Elternbeiträge 50 % der gesamten Ausgaben decken müssen. In den letzten Jahren wurden die 50 % nie erreicht. Bei einem Aufwand 2019 von CHF 1.2 Mio. resultiert ein Verlust von über CHF 640'000. Die Schulpflege macht hier keinen guten Job. Der Missstand muss schnellstens behoben werden.
2. Beiträge Kanton an die Pflegefinanzierung: Das Kostenwachstum scheint gestoppt. Eventuell haben sich die Kosten in den ambulanten Bereich verlagert.
3. Ambulante Krankenpflege: Durch die Sondereffekte durch die Gründung der Spitex Region Zofingen AG und die zusätzlichen Aufwände durch die MiGeL (Mittel- und Gegenstandsliste) sind diese Kosten schwierig zu beurteilen. Die Restkosten pro Einwohner und pro Pflegestunde sind

gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Es ist aber zu hoffen, dass die Restkosten in den kommenden Jahren gesenkt werden können. Die Rechnung sieht alles in allem zufriedenstellend aus. Die Folgen aus Corona werden aber grosse Herausforderungen bringen.

Liliane Hofer, Fraktionsvotum SP

Die relevanten Punkte konnten alle im Schlussbericht gelesen werden. Ich wiederhole aber den Dank an die Verwaltung für die gute Arbeit und die Kostendisziplin, sowie die grosse Dienstleistungsbereitschaft. Dank geht auch an den Stadtrat für die umsichtige Führung. Die Rechnung ist ein Blick zurück. An den Zahlen kann nichts mehr geändert werden. Der SP ist, obschon die Auswirkungen von Corona noch offen sind, mit Steuerrückgängen aber zu rechnen ist, für die Zukunft wichtig, vorausschauend zu agieren. Wirtschaftliches und nachhaltiges Agieren muss gelebt werden. Zufriedenheit der Mitarbeitenden muss den Vorgesetzten wichtig sein. Nur zufriedene Mitarbeitende sind motiviert. Das gilt besonders bei einer allfälligen Reorganisation der Verwaltung, sofern heute eine Reduktion des Stadtrats beschlossen wird. Bei den Investitionen in der nahen Zukunft wäre eine übermässige Zurückhaltung kontraproduktiv. Investitionen in Kultur, Sport, ÖV und Freiwilligenarbeit ist essentiell. Eine gesunde Balance zwischen Verschuldung und Einnahmen zu finden, ist ein wichtiges Anliegen der SP. Die SP wird den Anträgen zustimmen.

Matthias Hölzle, Fraktionsvotum Grüne/Alternative

Die Fraktion ist mit den Zahlen und der Arbeit der Verwaltung und des Stadtrats zufrieden. Vermisst wird, dass sich in Sachen Digitalisierung bisher relativ wenig tut. Eine IT-Strategie fehlt. Die IT ist ein "Mini-Ressort" beim Stadtammann. Das ist zu wenig. Sorge bereiten die möglichen Auswirkungen von Corona. Wo muss man sparen? Das wird noch zu grossen Diskussionen führen. Man soll nicht am falschen Ort sparen. Die Standortattraktivität darf nicht leiden. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Claudia Schürch-Meder, Fraktionsvotum DYM

Die Ausgabendisziplin und die Optimierungen werden auch von der Fraktion DYM gelobt. Die anstehenden Investitionen sind aber kritisch zu beurteilen. Die Ausgaben müssen kritisch überprüft werden. Auch auf der Einnahmenseite müssen die nötigen Überprüfungen gemacht werden. Bei den juristischen Personen ist die Hoffnung, dass sich im High-Tech-Areal etwas tut. Die Fraktion genehmigt die Rechnung.

Adrian Borer, Fraktionsvotum glp

Hat in den letzten Jahren bei der Rechnung immer die gleichen Phasen durchlaufen: Freude über den Gewinn, Dankbarkeit für die gute Arbeit, Ernüchterung wegen der zusätzlichen Verschuldung, Verunsicherung über die nötige Organisation zur Vermeidung zusätzlicher Schulden. Der Verwaltung und dem Stadtrat wird für die gute Leistung gedankt, ebenso der FGPK. Die Entwicklung der Steuern bei den natürlichen Personen macht Freude. Die Steuern der juristischen Personen sind nicht erfreulich. Bei den Investitionen stellt sich die Frage, ob Zofingen sich das leisten kann. Es braucht nun eine Verzichtsplanning. Die glp stimmt den Anträgen zu, möchte aber das Postulat zum Seniorenzentrum noch nicht abschreiben.

Moritz Weber, Fraktionsvotum SVP

Die Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es macht Freude, den Jahresbericht und die Rechnung zu lesen. Weiter so! Weiter verbesserungswürdig ist die Festlegung von Jahreszielen. Die Ziele müssen mess- und bewertbar sein. Unbedingt müsste mit Benchmark-Vergleichen und Vergleichen zu den Vorjahren gearbeitet werden. So hat man eine Vergleichsbasis.

Hier ist der Stadtrat gefordert, inkl. Monitoring-Arbeit. Ein strukturiertes Aufnehmen und Abarbeiten dieser Punkte ist noch nicht erkennbar. Corona hat die Welt in eine scharfe Rezession gestürzt. Die Massnahmen zu Eindämmung haben der Wirtschaft nicht gut getan. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit haben enorm zugenommen. Das macht Angst. Die Konsumentenstimmung ist auf dem Rekordtief. Dieser Einbruch wird dieses und nächstes Jahr mit einem Rückgang von Steuereinnahmen bemerkbar werden. Der Stadtrat ist gefordert, Massnahmen zu ergreifen. Ausgaben müssen konkret reduziert werden und Investitionen priorisiert und auf der Zeitachse neu festgelegt werden. Bei Themen wie Spitex und Seniorenzentrum wird zu lange gewartet und Geld verschenkt. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu, ausser der Abschreibung des Postulats.

Zur Jahresrechnung und zum Jahresbericht sind keine Voten zu verzeichnen.

Abstimmung

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019 sei zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*
 - 3.1 *Militärunterkunft Rosengarten: Sanierung und Wiederherstellung nach Unwetter (Zusatzkredit Stadtrat, Art. 2017-0490)*
 - 3.2 *Zusatzmassnahmen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Fussgängerquerungen auf der Strengelbacherstrasse K233 und der Mühlemattstrasse K204 (GK 111)*
 - 3.3 *Sanierung der Abwasserleitungen im Gebiet Trinerplatten sowie im Bereich des Postwegs, der Dorfstrasse, des Dörfliains und des Rütihubelwegs im Ortsteil Mühlethal (GEP 2016) [GK 112]*
 - 3.4 *Sanierung und Aufwertung der Vorderen Hauptgasse im Abschnitt Amtshäuser bis Gerbergasse (GK 137)*
 - 3.5 *Sanierung der Kanalisation in der Vorderen Hauptgasse im Abschnitt Amtshäuser bis Gerbergasse (GK 137)*
 - 3.6 *Quartierschulhaus Mühlethal: Erneuerung Wärmeenergieerzeugung, Erweiterung Schule und Kindergarten (GK 143)*
 - 3.7 *Erarbeitung Verkehrskonzept Erschliessung, Parkierung und Mobilität Neubau Quartierschulhaus BZZ (GK 171)*

Dem stadträtlichen Antrag über die verschiedenen Abrechnungen wird in globo einstimmig zugestimmt.

4. Die Abrechnung über den nachfolgenden Budgetkredit sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:
4.1 Sanierung Strasse im Brühl (Kto. 6150.5010.22)

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

5. Folgendes Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:
5.1 Postulat der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betreffend "Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen" (GK 77)

Das Postulat wird mit 17:21 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.

Traktandum 5 – Gemeindeordnung

GK 136 (Synopsis [inkl. Parlamentarische Vorstösse GK 55 und GK 107]) Revision Gemeindeordnung

Michael Wacker, SP

stellt einen Nichteintretensantrag. Er begründet diesen mit einem nicht erfüllten Auftrag aus dem Postulat DYM, welches ein Reorganisationsmodell mit neu organisierten politischen Verantwortlichkeiten und neuen Bündelungen unter Reduktion der Anzahl Stadträte von 7 auf 5 gefordert hat. Zudem wird eine SWOT-Analyse des bisherigen Modells vermisst, wie auch eine konkrete Zielsetzung bei einer Reduktion von 7 auf 5 Mitglieder. Deshalb ist maximal ein Bauchentscheid möglich, was bei diesem Thema nicht angezeigt ist. Es fehlt ausserdem Transparenz. Eine eigentliche Vernehmlassung zur gesamten Vorlage hat nicht stattgefunden. Die Parteien und Fraktionspräsidien haben zwar eine Vernehmlassung bekommen, aber nur mit zwei Fragen zu Führungsmodell und Stadtratsgrösse. Auf eine Stellungnahme zu den Eingaben der Fraktion warten wir bis heute. In Wohlen wurde dem Parlament eine fertige Gemeindeordnung zur Vernehmlassung vorgelegt. Es fehlt ausserdem ein Terminplan. Wann findet die Volksabstimmung statt? Welche Reglemente müssen noch überarbeitet werden? Reicht die Zeit für Anpassungen von Reglementen bis zum Beginn der Legislaturperiode? Wer wird als Vizeammann kandidieren, wenn er die Rahmenbedingungen nicht kennt? Die Vorlage macht keine Angaben zu einer folgenden Verwaltungsreorganisation. Die Entschädigungssumme kann beim Stadtrat mit einem zweiten Vollaamt steigen, auf Verwaltungsebene durch Abbau von Bereichsleitenden aber sinken. Die Vorlage ist keine seriöse Entscheidungsgrundlage. Seit der Vernehmlassung sind keine neuen Erkenntnisse dazugekommen. Deshalb plädiere ich für Nichteintreten. Der Stadtrat kann jederzeit eine neue Vorlage liefern.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Man sollte beim Vorstoss inhaltlich dabei bleiben, was überwiesen wurde. Auch die Kompetenzordnung der verschiedenen Staatsebenen müssen respektiert werden. Der Stadtrat wurde beauftragt, seine eigene Organisation zu überprüfen. Über die Organisationsform entscheidet aber die Legislative, nicht die Exekutive. Die Vor- und Nachteile sind in der Vorlage aufgeführt, aber aus Sicht der Exekutive. Es wäre dann Auftrag des Parlaments, diese Ideen aufzunehmen. Für was braucht es ein Parlament, wenn der Stadtrat selber entscheiden soll, wie er organisiert ist? Die Ergebnisse der Anhörung der Parteien und Fraktionen sind in die Vorlage eingeflossen. U. U. wurden die genannten Punkte zu wenig berücksichtigt. Dem Parlament muss aber Bewegungsspielraum gelassen werden. Die Vorlage wurde viel früher als normal verschickt. Es wurden zwei Veranstaltungen im Vorfeld organisiert. Es kamen kaum Voten an diesen Veranstaltungen. Ist es die Aufgabe der Exekutive, sich

selber eine pfannenfertige Organisation vorzulegen? Zu den Reglementen ist festzuhalten, dass diese schon heute nicht perfekt sind. Z. B. könnte das Stadtratsgremium das Pensum des Stadtmanns nach Belieben festsetzen. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass diverse Regelungen noch angepasst werden müssen. Das kann aber nur gemacht werden, wenn klar ist, wie die Organisation aussehen soll. Für die Verwaltungsorganisation ist die Exekutive verantwortlich. Das Parlament hat dort nichts mitzureden, sondern bei der Aufstellung der Exekutive. Die Legislative soll die Diskussion führen und auch der Bevölkerung die Möglichkeit geben, das Thema zu diskutieren. Der Vorwurf nicht sauberer Arbeit weise ich zurück. Ein grosser Teil der Strukturarbeit ist durch das Parlament zu leisten. Die Diskussion soll heute ermöglicht werden, um zu wissen, wo allenfalls Änderungen nötig sind.

Tobias Hottiger, FDP

Bittet den Antrag auf Nichteintreten von Michael Wacker abzulehnen. Es gibt zwar auch bei der FDP Vorbehalte, die Vorlage soll aber im Rat diskutiert werden. Nichteintreten ist nicht konstruktiv.

Robert Weishaupt, DYM

Stellt den Antrag auf eine kurze Sitzungspause für Fraktionsbesprechungen.

Abstimmungen

Der Ordnungsantrag von Robert Weishaupt wird mit 13:23 Stimmen (ja/nein) bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen zum Nichteintretensantrag von Michael Wacker.

Der Nichteintretensantrag von Michael Wacker zu GK 136 Revision Gemeindeordnung wird mit 4:23 Stimmen (ja/nein) bei 12 Enthaltungen abgelehnt.

Robert Weishaupt, Referent FGPK

Die Wichtigkeit des Geschäfts wird dadurch gezeigt, dass es im Vorfeld sogar zwei Infoveranstaltungen gegeben hat. In der FGPK ergab sich kein klares Bild. Es war die Rede von einer schwachen Vorlage oder auch von der Katze im Sack. Die Vorlage enthält sehr viele "hätte" und "könnte" Formulierungen. Es ist nur klar, dass eine Reduktion auf fünf Stadträte und ein zweites Vollamt für den Vizeammann resultieren soll. Die politischen Folgen oder die Kosten sind nicht geklärt, auch wenn in der FGPK sehr viel diskutiert wurde. Jedes Argument kann für oder gegen den Antrag verwendet werden. Weder ein ja, noch ein nein, ist falsch. Das Abstimmungsresultat der FGPK fiel knapp aus, im Nachhinein haben auch noch Mitglieder ihre Meinung geändert. Beide vorgeschlagenen Varianten sind nicht falsch. Wie auch der Stadtrat überzeugt ist, wird Zofingen mit fünf oder sieben Mitgliedern regierbar sein. Der Kinderfestparagraf bleibt inhaltlich unverändert, er wird lediglich systematisch besser eingeordnet. Soweit die Zusammenfassung der FGPK.

Stefan Giezendanner, Fraktionsvotum SVP

Nicht die Revision der Gemeindeordnung, sondern die Anzahl Stadtratsmitglieder steht im Vordergrund. Das Thema wird seit ich im Parlament bin immer wieder angesprochen. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat seine eigene Struktur hinterfragt hat und Modelle aufzeigt. Das ist gute Arbeit. Die Fraktion ist nicht zu einer einhelligen Meinung gekommen. Es gibt Punkte, welche für oder gegen die Reduktion sprechen können. Fünf Mitglieder ermöglichen eine bessere Führungsspanne. Die einzelnen Stadtratsmitglieder sind mehr gefordert. Trotz dieser Reduktion wird es aber keine Kos-

tenreduktion geben, was negativ ist. Sehr wichtig ist die Aufwertung der Funktion des Vizeammanns. Wenn aber die fachliche Qualifikation für das Amt nicht vorhanden ist, hat niemand gewonnen. Die SVP stimmt weder geschlossen, noch grossmehrheitlich zu, weil der Mehrwert nicht abschliessend beurteilt werden kann.

Sandra Olar, Fraktionsvotum SP

Der zentrale Punkt der Vorlage ist, ob Zofingen mit fünf oder sieben SR-Mitglieder besser regiert ist. Es fand eine ausführliche und kontroverse Diskussion in der Fraktion statt. Die Vorlage des SR lässt zuviele Fragen offen. Es gibt keine wissenschaftliche Evidenz, was eine ideale Grösse wäre. Es gibt gute Argumente dafür oder dagegen. Aus der SP-Fraktion wird es also Pro und Contra Abstimmungen geben. Der Benchmark wurde zu wenig gemacht. Nur Aarau und Rothenburg zu vergleichen reicht nicht. Wohl wäre ein gutes Beispiel gewesen, welches man hätte vergleichen können. Sie haben von 7 auf 5 reduziert, haben ebenfalls einen Einwohnerrat, arbeiten aber mit dem Geschäftsführungsmodell, welches leider nicht genügend geprüft wurde. Eine Ist- und Soll-Analyse mit Zielen für Verbesserungen wurde nicht gemacht. Es fehlt somit die Tiefe. Es werden zwar Angaben zu zwei Cluster gemacht, die anderen Ressorts werden aber nicht erwähnt. Zudem kann eine Exekutivform nicht ohne Analyse der Legislative gemacht werden. Braucht es Anpassungen bei den Kommissionen? Die zentrale Frage ist, was ein gutes Führungsgremium ausmacht. Es müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Inspirierende Diskussionskultur und wirksame Verwaltungsführung. Gute Diskussionen entstehen erfahrungsgemäss bei einer Gruppengrösse von fünf bis neun Personen. Es gibt Argumente für und gegen die Vorlage. Eine Verkleinerung macht vor allem Sinn, wo man auch Probleme bei der Personalgewinnung hat. Das ist in Zofingen nicht der Fall. Es ist auch keine Finanzvorlage. Ob eine effizientere Verwaltung mit weniger Doppelspurigkeiten entsteht, ist unklar. Die demokratische Repräsentanz ist bei fünf Mitgliedern eingeschränkt. Hätte man vor vier Jahren schon so gewählt, wäre nebst der SVP auch die FDP nicht mehr im Rat. Es gibt aber auch gute Argumente für die Vorlage. In Bern hat man von sieben auf fünf reduziert. Studien dazu haben ergeben, dass die Diskussionskultur besser und lösungsorientierter geworden ist. Für die Führung der Verwaltung braucht es keine Repräsentanz. Repräsentativ muss das Parlament sein und die Exekutive muss zielgerichtet agieren. Ein weiterer Vorteil ist, dass mit einem zweiten Vollamt zusätzliche Ressourcen vorhanden sind. Die Vorlage ist noch nicht ausgereift.

Gian Guyer, Fraktionsvotum Grüne/Alternative

Das Ressortsystem macht Sinn. Die aufgeführten Modelle fünf resp. sieben sind einleuchtend. Die Gründe für eine Reduktion auf fünf Mitglieder sind wenig stichhaltig. Die höhere Ausfallsicherheit bei fünf SR-Mitgliedern ist nicht nachvollziehbar. Eine längere Ausfallzeit eines Vollpensums ist – bei beiden Varianten – immer schwierig zu kompensieren. Eine höhere Effizienz ist möglich, es geht aber nicht nur um Effizienz, sondern auch um Vielfalt. Es ist nicht das Ziel, nur kürzere Sitzungen zu erreichen. Bei den aufgeführten Pensen handelt es sich um einen Richtwert und i. d. R. wird mehr als dies geleistet. Bei einer Reduktion muss auch diese freiwillige Arbeit mitberücksichtigt werden. Viele weitere Fragen sind noch offen. Das jetzige System ist geprüft und funktioniert. Nebst den Ungewissheiten bringt eine Reorganisation der Exekutive viel Arbeit mit sich, wobei sich der Nutzen in Grenzen hält. Deshalb stimmt die Fraktion gegen eine Reduktion.

Mischa Berner, Fraktionsvotum glp

Die vorgeschlagenen sanften Anpassungen sind zeitgerecht und wohlüberlegt und dienen der Systematik der gesamten Gemeindeordnung. Das Wahlsystem des Stadtrats und das Ressortführungssystem hat sich bewährt. Länger diskutiert wurde die Reduktion auf fünf Mitglieder. Die Parteienlandschaft ist mit sieben Mitgliedern zwar besser vertreten. Stadtratswahlen sind aber Personenwahlen. Bei zwei Vollprofis entsteht dennoch keine Zweiklassengesellschaft. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Die Effizienz ist weitgehend personenabhängig. Die Kosten sind im Stadtbudget nicht entscheidend. Entscheidender Vorteil ist die Stellvertretungsmöglichkeit mit einem zweiten Vollamt. Eine weitere gute Sache ist, dass der Stadtrat prüft, wie er seine Verwaltung organisieren will. Damit können auch Optimierungen umgesetzt werden. Die Fraktion glp stimmt den Anträgen zu.

Claudia Schürch-Meder, Fraktionsvotum DYM

Im Postulat wurde eine Verkleinerung gefordert, um effizienter und schlanker zu werden. Im Verlauf des politischen Prozesses ist die Fraktion aber zum Schluss gekommen, dass aus der Vorlage nicht ersichtlich ist, wo der Vorteil ist, wenn einer von zwei Clustern im Vollamt geführt wird. Die Unterschiede zwischen den Systemen sind zu wenig klar. Die Kompetenz zur Ausarbeitung der Verwaltungsorganisation liegt beim Stadtrat. Aus der Vorlage ist aber nicht abschliessend ersichtlich, wie der Stadtrat dies umsetzen wird. Die Frage des zweiten Vollamts wurde ebenfalls als schwierig eingestuft. Das Geschäftsführungs- und Ressortbetreuungsmodell wurde zu kurz abgehandelt. Es gibt durchaus funktionierende Modelle, wo die Fach- und Personalführung getrennt sind. Es fragt sich, ob mit einem anderen System als dem Ressortführungsmodell nicht eine bessere Führung erreicht werden kann. An der Stossrichtung einer Reduktion wird festgehalten, es muss aber klarer ausgearbeitet werden, was erreicht werden kann. Die Fraktion wird das Geschäft somit vermutlich zurückweisen.

André Kirchhofer, Fraktionsvotum FDP

Die FDP wäre eigentlich klar für eine Fünferlösung. Mit dieser Vorlage allerdings nicht. So ist die FDP gegen die Vorlage. Die Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag, weil 1. die Argumente fehlen, um der Vorlage zuzustimmen. Michael Wacker hat das präzise ausgeführt. Dem Stadtrat soll nochmals die Chance gegeben werden, die Argumente vertieft zu erarbeiten. 2., eine Ist-Analyse zu Schwächen und Stärken fehlt. Die Zieldefinition fehlt. 3., die Entscheidungsgrundlagen fehlen. Die Auslegeordnung ist zu wenig detailliert. Schon in der FGPK kam kein klares Ergebnis zu Stande, was auch in der Fraktion am Schluss so war. Es ist ein Bauchgefühl, was für einen solch wichtigen Entscheidung nicht die richtige Vorgehensweise ist. Das Postulat war ursprünglich ein sehr klarer Auftrag mit vier Punkten. Einer der Punkte – die politischen Verantwortlichkeiten im Stadtrat neu organisieren und besser bündeln – ist nicht umgesetzt. Der Fokus wurde auf Personen, Pensen und Stellenprozente gelegt. Mit der vorliegenden Argumentation des Stadtrats wird das Milizsystem ausgehöhlt und geht Richtung Professionalisierung der Exekutive, was von der FDP nicht unterstützt werden kann. Eine effizientere Sitzungsführung hat wenig mit der Anzahl der Sitzungsteilnehmenden zu tun. Auch das zweistufige Wahlverfahren führt nicht zu einer Gewissheit über die Bewerbungen für die Hauptämter. Die Argumente und Auswirkungen hinsichtlich Anpassung der Verwaltungsorganisation sind nicht klar. Das Postulat erwähnt, dass Schnittstellen und Führungsprobleme eruiert werden sollen, Strategie- und Führungsarbeit aufgezeigt werden soll und Aufgaben neu geordnet und verteilt werden sollen. Dies ist nicht erfüllt. Die Vorlage fokussiert auf Personen und Pensen, statt Aufgaben und Ziele. Lediglich hinter dem Argument der Ausfallsicherheit steht die Fraktion. Man hätte bezüglich Organisation aufzeigen sollen, was angedacht ist. Bittet um Zustimmung zum Antrag der FDP um Rückweisung.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Die Frage ist, was will man für Prioritäten bei der Exekutive setzen? Will man eine klare Führung durch die Politik oder soll die Politik sich auf den strategischen Teil zurückziehen? Als er Stadtmann wurde, wollte man der Politik mehr Gewicht geben und hat deshalb das Ressortführungsmodell eingeführt. Beim Geschäftsführungsmodell würde die Politik automatisch weniger Gewicht haben. Zur Frage fünf oder sieben waren die Rückmeldungen gemischt. Privatwirtschaftlich geprägte Votanten haben für fünf gesprochen, stärker politisch geprägte für sieben. Es gibt kein Richtig oder

Falsch. Es geht heute um die Frage der Prioritätensetzung. Man kann den Vorwurf von zu wenig Analysen so stehen lassen. Eine Wertung muss jedes Ratsmitglied vornehmen. Bei der Jahresrechnung hat man von Kaktus bis Rosen für denselben Stadtrat alles gehört. Es geht um die Frage der Wertungen. Die Ausfallsicherheit haben die Einen als sehr gut bezeichnet, andere sehen dies als nicht relevant an. Bei dieser speziellen Frage bewertet jede Person die Vorlage mit ihrem persönlichen Rucksack. Es hat viel "hätte" und "könnte" drin, das ist so. Wir wissen nicht, wie der Stadtrat ab 2022 zusammengesetzt ist. Einige konnten sich offenbar ein gutes Bild vom Thema machen, andere nicht. Hier beginnt aber die Verantwortlichkeit der Politiker/innen der Legislative an. Nach Ansicht des Stadtrats hätte man sich eine Meinung machen können. Wie die Systeme am Schluss umgesetzt werden, kann der heutige Stadtrat nicht sagen. Es wird personenabhängig sein. Sieben gegen fünf Meinungen wurde überall abgewogen. Letztlich geht es auch hier darum, dass Menschen die Funktionen füllen. Bei einer Rückweisung werden wir in vier Jahren wieder am gleichen Ort stehen. Eine Kundgabe der eigenen Meinung wäre deshalb wichtig. Es werden beide Modelle funktionieren. Die Verwaltungsorganisation wird Sache des künftigen Stadtrats sein. Der aktuelle Stadtrat würde mögliche Modelle erarbeiten, entscheiden wird aber der kommende Stadtrat. Es stellt sich bei zwei Vollämtern tatsächlich die Frage der Professionalisierung. Ja, das ist ein Schritt in diese Richtung bei der Exekutive. Die Verwaltungsorganisation ist schon lange professionalisiert. Es fragt sich einfach, mit wem man sich vergleichen will und welche Städte als Benchmark dienen sollen. Nicht jedes System ist für jede Gemeindegrösse geeignet. Bittet um Meinungsäusserungen, um Verbesserungsmöglichkeiten anzubringen.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Sie unterstützt André Kirchhofer. Der Ball ist momentan im luftleeren Raum. Der Rat sollte zur Mehrheit hinter dem stehen, was zur Abstimmung kommt und soweit ist er noch nicht. Es sind an den Infoveranstaltungen Fragen gestellt worden, welche nicht vollständig beantwortet wurden. Sie müssen gemeinsam stärker hinter der Vorlage stehen können, bevor die Vorlage vors Volk gebracht wird. Es gibt noch viele Fragen, die spalten. Bittet um Unterstützung des Rückweisungsantrags.

Adrian Borer, glp

Ist komplett baff, was in der Vorlage alles fehlen soll. Er betrachtet die Vorlage als eine klare Aufstellung. So kompliziert ist das nicht. Das ist eine strategische Weichenstellung. Man kann nicht alles vorneweg erfinden, das wäre eine Ressourcenverschwendung und das war nicht der Auftrag. Was soll mit einer Rückweisung erreicht werden? Was soll der Auftrag sein? Kommt wirklich etwas Neues, wenn die Vorlage einfach dicker wird? Wir werden auch dann über fünf oder sieben sowie über zwei Vollämter entscheiden. Sieht die Kritik an der Vorlage nicht. Die Fraktion will aber nicht, dass die Vorlage untergeht. Wenn ein konkreter Auftrag folgt, der schnell umgesetzt werden kann, könnte das sinnvoll sein. Es wäre deshalb Zeit für eine Pause.

Abstimmung

Dem Ordnungsantrag auf Pause von Adrian Borer wird mit 31:7 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltungen zugestimmt.

Michael Wacker, SP

Mit dem Rückweisungsantrag geht es ans Eingemachte. Bei einer Rückweisung geht es zurück an den Stadtrat. Wenn die Mehrheiten betrachtet werden ist klar, dass bei nicht Rückweisung das Geschäft vom Tisch ist, weil der Antrag auf fünf abgelehnt wird. Dann beginnen wir wieder von vorne. Das ist nicht sinnvoll. Glaubt nicht, dass der Stadtrat Stand heute Ideen hat, wie es künftig bezüg-

lich Verwaltungsreorganisation aussehen soll. Das Thema steht auch schon im aktuellen Legislaturprogramm. Das heutige Organigramm ist datiert aus dem Jahr 2015. Die Legislatur hat 2018 angefangen. Das Organigramm war intern also schon bekannt. Das hat er gemeint mit die Katze im Sack kaufen. Wer konstruktiv sein will, muss die Vorlage zurückweisen, aber nicht mit dem Zeithorizont, dass es wieder vier Jahre geht. Der Stadtrat soll umgehend eine überarbeitete Vorlage erarbeiten. Die Vorlage soll einer einwohnerrätlichen Kommission zugewiesen werden. Das kann die FGPK sein, oder eine Spezialkommission. Plädiert persönlich für eine Rückweisung, ansonsten ist das Geschäft erledigt, was nicht zielführend ist.

Andrea Plüss, DYM

Votiert für die Rückweisung. Die Anregungen aus dem Saal können viel Fruchtbare bringen. Ein Punkt, der zu wenig herausgeschält wurde, ist die Frage nach der Strategiearbeit. Es gibt das Ressortführungssystem, wo politisch, fachlich und personell geführt wird. Das Ressortbetreuungssystem, welches noch politisch und fachlich geführt wird und das Geschäftsführungssystem, das nur noch eine politische Führung enthält und dann kommt die Strategie. Strategieführung wird als etwas ganz Wichtiges und Schwieriges genannt, und dass der Stadtrat dies nicht in der vollen Tiefe machen kann. Es stellt sich die Frage, wer die Strategieführung macht, wenn nicht der Stadtrat. Die Strategie gehört in jedes Führungsmodell. Mit einer Rückweisung kann erreicht werden, dass die Diskussion weitergeführt wird.

Irma Jordi, DYM

Hat eine Idee, wie der Stadtrat organisiert werden könnte. Nur schon das Zusammenführen des Bau-Bereichs auf ein einziges Stadtratsmitglied könnte eine Effizienzsteigerung bringen, unabhängig von der Frage über fünf oder sieben Stadtratsmitglieder. Eine Zweiklassenpolitik mit zwei Vollzeitämter möchte sie in Zofingen nicht miterleben müssen. Ist froh um den Rückweisungsantrag der FDP. Die Angelegenheit ist noch nicht ausgemoren.

Stefan Giezendanner, SVP

Die Fraktion will nicht, dass die Vorlage einfach gebodigt wird. Die SVP stimmt der Rückweisung geschlossen zu.

Yvonne Lehmann, SP

Auch sie unterstützt den Rückweisungsantrag, stellt aber gleichzeitig den Antrag auf Bildung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Nimmt die verschiedenen Voten nochmals auf. Strategiearbeit ist selbstverständlich schon jetzt Aufgabe des Stadtrats. Es gibt quartalsweise Workshops dazu im Stadtrat. Es ist aber nicht einfach, diese zusätzlichen Tage mit der Berufstätigkeit auch noch zu vereinbaren. Bezüglich Bauverwaltung muss festgehalten werden, dass das Zusammenführen ein zweites Vollamt bedingt. Zu den Terminen: Es braucht noch eine Volksabstimmung. Wenn wir damit im November im Einwohnerrat sind und die Volksabstimmung im Mai stattfinden würde, reicht die Umsetzung nicht mehr auf die nächste Legislatur. Die Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission würde begrüsst, dann versendet das Thema sicher nicht und es kann auf die Legislatur ab 2026 ein allfällig neues Modell eingeführt werden.

Michael Wacker, SP

Wenn wir über Termine sprechen: Wohlen hat am 12. Dezember 2016 im Einwohnerrat die Gemeindeordnung geändert, im Januar/Februar folgte darüber die Abstimmung, danach fanden die Wahlen

statt. Wenn man will, geht es. Ein Detail zu Wohlen: Führte ein längeres Gespräch mit dem Gemeindevorstand von Wohlen. Wohlen hat vom Ressortbetreuungssystem direkt ins Geschäftsführungssystem gewechselt. Das Organigramm des neuen Systems lag zum Zeitpunkt der Debatte dem Einwohnerrat vor. Zudem fanden diverse Veranstaltungen im Vorfeld im Jahr 2016 statt. Wenn man will, dann geht es.

Abstimmung

GK 136 "Revision Gemeindeordnung" sei vom Einwohnerrat an den Stadtrat zur Überarbeitung und Behandlung an einer nächsten ER-Sitzung zurückzuweisen.

Der Rückweisungsantrag wird mit 34:3 Stimmen (ja/nein) bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag auf Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission gemäss § 16 Abs. 4 Gemeindeordnung zur Anpassung der Gemeindeordnung.

Der Antrag zur Bildung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission für das Geschäft GK 136 wird mit 36:2 (ja/nein) bei 1 Enthaltung angenommen.

Traktandum 6 – Verwaltungsorganisation

GK 149

Weiterbildung Zofingen – Verselbständigung

Eintreten ist nicht bestritten.

Liliane Hofer, Referentin FGPK

Die Bildung ist unsere wertvollste Ressource. Es herrscht Fachkräftemangel. Der Arbeitsmarkt wandelt sich immer rascher und damit der Anspruch sich weiterzubilden. Das setzt eine agile Organisation voraus, die rasch Kooperationen eingehen und Zukäufe tätigen kann. Eine gute Weiterbildung ist ein Faktor für die Standortattraktivität Zofingens. Die Verselbständigung ist eine logische Konsequenz aus dem Projekt Standortkonzept Berufsfachschule. Eine flexibel agierende Weiterbildung Zofingen, welche auf die Grundbildung aufbaut, aber auch auf die Bedürfnisse der Branchen in der Region reagieren kann, ist wichtig. Der Weiterbildungsmarkt ist hart umkämpft, weshalb Innovationen und Nischenangebote gefragt sind. Die dazu nötigen Investitionen können von einer autonomen Organisation schneller getätigt werden, beinhaltet aber auch ein höheres Risiko. Mit der vorgeschlagenen AG im Alleinbesitz der Stadt kann die Stadt weiterhin über den Einsitz im VR Einfluss nehmen. Die FGPK bittet, dem Geschäft zuzustimmen.

Martin Willisegger, Fraktionsvotum SVP

Die Verselbständigung der Weiterbildung Zofingen war in der Fraktion unbestritten. Die Umwandlung in eine eigenständige AG wird als sinnvoll erachtet, um sich den kommenden Herausforderungen in dem sich schnell verändernden Umfeld zu stellen. Da die AG im Eigentum der Stadt verbleibt, kann weiterhin politisch Einfluss genommen werden, um den wichtigen Faktor der Standortqualität zu sichern. Die Fraktion wird einstimmig zustimmen.

Rudolf Günthardt, Fraktionsvotum FDP

Die Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen. Die Vorlage ist gut und sie gibt der Weiterbildung die Chance einer erfolgreichen Zukunft.

Irma Jordi, Fraktionsvotum DYM

Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Die Rechtsform macht Sinn und die Eigentumsverhältnisse sind selbsterklärend. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats soll längerfristig und zukunftsorientiert besetzt werden. Es wird auf das Vertrauen des Stadtrats gesetzt, den VR mit den richtigen Personen zu besetzen. Im hart umkämpften Bildungsmarkt ist das wichtig. Ein kleiner Seitenhieb an den Stadtrat: Das Anliegen zur Überprüfung der Rechtsform für das Seniorenzentrum wurde abschlägig beurteilt. Mit denselben Argumenten wurde die Verselbständigung der Weiterbildung Zofingen positiv beurteilt. Offensichtlich hat die Pflege und Betreuung nicht denselben Stellenwert wie Weiterbildung, was bedauert wird.

Yvonne Lehmann, Fraktionsvotum SP

Die Weiterbildung ist wichtig und muss schnell agieren können. Genau dies wird mit dieser Vorlage erreicht. Wichtig ist, dass ein Augenmerk auf andere Angebote gerichtet wird und bestehende Angebote ergänzt werden. Gut ist, dass Wiedereinsteigenden eine Chance gegeben werden soll. Die Kosten für Kurse sollen aber nicht zu hoch sein. Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Beim Seniorenzentrum ist der Unterschied der, dass in der Weiterbildung der freie Markt spielt. Das ist in der Pflege nicht der Fall. Wir sind da als Eigentümer des Seniorenzentrums gefragt (möglichst hohe Belegung) und als Restkostenzahlende ebenso (möglichst tiefe Belegung). Dies ist ein Spagat, der in der Weiterbildung am freien Markt nicht der Fall ist. Eine angemessene Dividende soll ähnlich gehandhabt werden wie bei der StWZ. Es soll eine minimale Kapital-Risiko-Erschädigung erfolgen. Die Preise in der Weiterbildung sollen erschwinglich bleiben.

Die Vorlage wird im Detail durchgegangen. Das Wort wird nicht weiterverlangt.

Abstimmung

Der Verselbständigung der Weiterbildung Zofingen mittels Gründung einer neuen Aktiengesellschaft im Eigentum der Stadt Zofingen sei zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 7 – Reglemente

GK 143

Teilrevision Baugebührenreglement – Erhöhung der Mindestgebühr für Baugesuche und Verankerung der Konzessionsgebühr

Eintreten ist nicht bestritten.

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Erklärt vorab, dass im Nachgang zur FGPK-Sitzung ihm Eigeninteresse vorgeworfen wurde. Die Abklärungen bezüglich Ausstand haben ergeben, dass er nicht in den Ausstand treten muss. Zum Geschäft: Es vermischt zwei verschiedene Themen, die miteinander nichts zu tun haben. Einerseits liegt eine Teilrevision des Baugebührenreglements vor. Die Anpassung der Baugebühren im Baugebührenreglement ist sachgerecht. Bezüglich Baugebühren wurde bereits in den Jahreszielen die Überprüfung und Anpassung des Reglements festgehalten. Resultiert jetzt lediglich eine kleine Gebührenerhöhung, muss das Jahresziel hinterfragt werden. Folgt später nochmals ein Geschäft zu diesem Thema, muss man sich fragen, weshalb diese Gebührenerhöhung vorgezogen wird und bedeutet, dass über kurz oder lang nochmals über das Reglement diskutiert werden muss. Die FGPK hat dem Antrag mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt. Zu den Konzessionsgebühren: Dieser Antrag ist sachfremd. Es geht um die Benützung des öffentlichen Grundes für Gassenrestaurants und Verkaufsgeschäfte. Der Stadtrat spricht von einem Reglement über Konzessionsflächen, welches in Erarbeitung ist. Die Gebühren dazu gehören auch in dieses neue Reglement. Die FGPK lehnt deshalb Antrag 2 ab. Antrag 3 empfiehlt die FGPK zur Annahme.

Attila Gygax, Fraktionsvotum glp

Das Geschäft wurde auch in der glp diskutiert. Die Anträge 1 und 2 werden mehrheitlich angenommen, Antrag 3 einstimmig. Bei einfachen und kleinen Bauvorhaben sind CHF 500 viel Geld. Die heutigen CHF 250 sind aber bei Weitem nicht kostendeckend. Das wird auch mit CHF 500 noch nicht der Fall sein. Das ist unbefriedigend. Es wird also noch immer nicht nach dem Verursacherprinzip abgerechnet. Der Aufwand sollte gar nicht erst entstehen. Die Fraktion hat Vertrauen, dass die Gesuche effizient behandelt werden. Den anwesenden Grossratsmitgliedern wird ans Herz gelegt, die Vorschriften für einfache und kleinere Baugesuche zu überprüfen. Die Mehrheit der Fraktion lehnt eine Subventionierung der Baugesuche durch die Steuerzahlenden ab. Die Fraktion nimmt auch den zweiten Antrag mehrheitlich an. Die Regelung ist pragmatisch untergebracht. In der Spezialkommission zur Gemeindeordnung soll bei Ablehnung auch das Thema der Reglemente diskutiert werden.

Rudolf Günthardt, Fraktionsvotum FDP

Die FDP hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Sie unterstützt den ersten Antrag, insbesondere, weil Mehr- resp. Minderaufwände berücksichtigt werden können. Es wäre aber zu begrüssen gewesen, alle möglichen Änderungen am Reglement auf einmal zu bringen. Die Kompetenz bei Reglementen mit Gebühren liegt beim Einwohnerrat. Das beinhaltet nicht nur die Gebühren selber, sondern der gesamte Reglementsinhalt. Es ist gut, wenn der Einwohnerrat mit Sachverstand sein Wissen einbringen kann. Anhand eines Beispiels wird aufgezeigt, dass die heutigen Regelungen nicht eingehalten werden. Jeder kann für sich beurteilen, ob die heutige Vielfalt in der Altstadt gefällt oder nicht. Der Stadtrat will zeitnah ein Reglement für die Nutzung des öffentlichen Grundes erarbeiten. Die Gebühren gehören in dieses Reglement. Das partizipative Mitwirkungsverfahren im Altstadtprozess soll noch in dieser Legislatur durchgeführt werden. Es ist bekannt, dass die Benutzung der Altstadt durch Veranstaltungen zu Konflikt zwischen Veranstalter und Anwohner resp. Gewerbe geführt hat. Besonders das Jahr 2019 war einschneidend. Warum geht der Stadtrat nicht in die

Tiefe und unterbreitet aufgrund der Erfahrungen zeitnah ein Reglement zur Benützung von öffentlichem Grund für Gassenrestaurants, Verkaufsgeschäfte und Veranstaltungen? Ein solches Reglement könnte nebst den Gebühren die wichtigen Punkte zur Ordnung in diesem Bereich enthalten. Detailfragen können durch den Stadtrat in eigener Kompetenz in der entsprechenden Verordnung geregelt werden. Die FDP wird den Antrag 2 ablehnen. Dem dritten Antrag wird die FDP in Abhängigkeit zu den Entscheiden bei den Anträgen 1 und 2 zustimmen.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum SVP

Die Gebührenerhöhung ist für die SVP nicht akzeptabel. Die Bauherrschaft muss weitere Unterlagen bereitstellen, welche ebenfalls mit Kosten verbunden sind. Der Mehrertrag kann an anderer Stelle sicher schneller und einfacher eingespart werden. Die Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Grundes gehören in das entsprechende Reglement. Die SVP stimmt deshalb dreimal nein.

Michael Wacker, Fraktionsvotum SP

Antrag 2 wurde in der SP kontrovers diskutiert. Die Fraktion stimmt Antrag 1 klar zu. Es ist eine Übergangslösung bis zur Totalrevision. In der "FGPK+" wurden im Rahmen des Optimierungsprogramms Massnahmen erarbeitet. Eine davon war die Anpassung der defizitären Baugesuchen. Im Sinne der Notmassnahmen kann problemlos auf CHF 500 erhöht werden. Die Rechnung ist immer noch defizitär.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum DYM

Die Fraktion war nicht so glücklich mit der Vorlage und eine Rückweisung wurde diskutiert. Der Zeitpunkt wird in Frage gestellt, da mit der Einführung des elektronischen Baubewilligungsprozesses im 2022 eine Gesamtschau ansteht. Optimieren hat immer mit Effizienz zu tun. Es ist ineffizient, jetzt etwas zu ändern, was in Kürze wieder angefasst werden wird. Auch die Höhe der Gebühr ist nicht glücklich. Das Ziel der Mehreinnahmen würde aufgrund der bisherigen Zahlen wohl verfehlt. Die Verhältnismässigkeit ist nicht gegeben. Je nach Baugesuch ist die Mindestgebühr zu hoch. Dass eine Rechtsgrundlage benötigt wird, ist klar. Man kann es aber hier oder dort unterbringen. Auf einen Rückweisungsantrag wird verzichtet. In der Detailberatung wird aber ein Antrag zur Mindesthöhe gestellt.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Der Gegenwind ist überraschend. Die Anpassung ist nicht auf dem Mist des Stadtrats gewachsen, sondern war eine Optimierungsmassnahme aus der "FGPK+" zur Verbesserung der Kostendeckung im Baubewilligungswesen mittels Anhebung der Mindestgebühr. Der Auftrag stammt also von der "FGPK+". Es wurde ein Vergleich mit umliegenden Gemeinden gemacht. Es gibt zwar tatsächlich Baubewilligungen für CHF 250. Es fehlen dabei aber die Kosten für die Bau- und Feuerungskontrollen sowie der Publikation und die öffentliche Auflage. In Uerkheim z. B. kostet die Gesamtrechnung dann über CHF 700. Insofern sind wir nicht Exoten bei der vorgeschlagenen Gebühr. Wenn ein einfaches Gesuch vollständig und korrekt eingereicht wird, wird die Gebühr gerne reduziert. Leider ist das aber sehr selten der Fall. Auch die CHF 500 sind noch nicht kostendeckend. Die "FGPK+" wollte die Subventionierung durch Steuergelder reduzieren. Die Totalrevision des Reglements wird nach der Einführung von E-Bau durch den Kanton vorgenommen. Aus dieser Einführung resultieren grössere Anpassungen, die im Detail noch nicht klar sind. Es soll aber deswegen nicht zugewartet werden mit der Erhöhung der Mindestgebühr. Bezüglich Regelung ist schon heute im Reglement ein Paragraph bezüglich Nutzung öffentlichen Grundes enthalten. Man könnte auch den Titel des Reglements ergänzen, wenn man das wollte. Es scheint aber um etwas Anderes zu gehen. Man möchte offensichtlich über die Richtlinien diskutieren. Das wird aber eine einigermassen brotlose Diskussion

geben. Will der Rat wirklich über die Grösse der Tische oder die Bauweise der Stühle diskutieren? Das ist eine Vollzugsarbeit des Stadtrats, weshalb er um Zustimmung zum Antrag 2 bittet.

Rudolf Günthardt, FDP

Es geht nicht darum, dass der Einwohnerrat diskutieren will, wie der Stuhl aussieht. Das gehört in die Verordnung, welche der Stadtrat regelt. Es gehören aber z. B. die Veranstaltungen dazu. Das wäre die Gelegenheit, wo man die grossen Linien regeln könnte. Darum geht es.

Pascal Stenz, FDP

Weist darauf hin, dass sich jeder selber überlegen soll, wieviele Gesuche jedes Ratsmitglied in den letzten Jahren gestellt hat. Was hat dabei mehr weh getan? Die gesamten Projektkosten oder die Bewilligungsgebühr? Objektiv betrachtet macht die Gebührenerhöhung Sinn.

Es folgt die Detailberatung.

Andrea Plüss, DYM

Zu II Anpassung der Mindestgebühr für Baugesuche: Ist der Auffassung, dass es eine Abstufung benötigt. Stellt deshalb den Antrag, dass die Mindestgebühr von CHF 500 erst ab einer Bausumme von CHF 83'333 zum Tragen kommen soll, darunter weiterhin nur CHF 250.

Abstimmung

In § 3 lit. b: Für Baugesuche (Neu-, Um-, Aus-, An-, Aufbauten und Abbrüchen von Wohn-, Geschäfts-, Klein-, Gewerbe-, Industrie- und Tiefbauten) 3 % mindestens jedoch CHF 250 bis CHF 83'333 der errechneten Bausumme und CHF 500 von CHF 83'333 bis CHF 166'666 der entsprechenden Bausumme.

Der Antrag von Andrea Plüss wird mit 11:23 (ja/nein) bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Mischa Berner, DYM

Eine Konzessionsgebühr ist eine Gebühr für eine Nutzung. Auch die Baubewilligungsgebühr ist eine Gebühr für eine Nutzung. Die Konzessionsgebühren sind somit am richtigen Ort, sonst müssten die Baugebühren in die BNO.

André Kirchhofer, FDP

Es spielt nicht so sehr eine Rolle, wo sie geregelt werden. Wenn aber im Konzessionsreglement keine Gebühren enthalten sind, liegt dieses nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates. Darüber sollte man sich im Klaren sein.

Mischa Berner, DYM

Dann müsste man das in der Gemeindeordnung regeln.

André Kirchhofer, FDP

Stand heute ist es aber so, dass der Einwohnerrat nur zuständig ist, wenn Gebühren im Reglement enthalten sind.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Es ist so, dass wenn ein Reglement Gebühren enthält, dies in die Zuständigkeit des ER fällt. Der ER kann via parlamentarische Vorstösse auch bei Reglementen mitdiskutieren, welche keine Gebühren

enthalten. Seiner Meinung nach ist das Kinderfestreglement z. B. ein einwohnerrätliches Reglement, wo keine Gebühren enthalten sind. Jedenfalls ist der Preis der Wurstweggen dort nicht definiert.

Attila Gygax, glp

Zu IV Teilrevision statt Gesamtrevision: Wie ist der letzte Satz von IV zu verstehen? Wird 2022 die Revision vorgelegt oder wird erst dann die Revision angegangen?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Die Abläufe für E-Bau müssen vorliegen und die Prozesse definiert werden. Dann kann die Revision des Reglements angegangen werden. Wenn alles so klappt, wie bisher kommuniziert, sollte die Revision 2022 vorliegen.

Attila Gygax, glp

Es sollte nicht einfach mit der Erhöhung der Mindestgebühr zugewartet werden. Die Finanzlage lässt dies nicht zu. Die Gesuche sollten möglichst kostendeckend verrechnet werden können. Plädiert zur Annahme des Antrags 1.

Michael Wacker, SP

Es ist sachrichtig, dass der Preis der Wurstweggen nicht im Kinderfestreglement steht, da dieses durch den Stadtrat erlassen worden ist.

André Kirchhofer, FDP

Das Thema Reglemente ist eine Kompetenz, die in den Einwohnerrat gehört. Der Einwohnerrat musste sich regelmässig dafür wehren, dass diese Kompetenz beim ER bleibt. Jedes Reglement, das keine Gebühr enthält, wird im ER nicht mehr beraten. Das Kinderfestreglement ist ein schlechtes Beispiel und stand seinerzeit nur in der Kompetenz des Stadtrats. Deshalb entstand die Volksinitiative mit dem Antrag zur Regelung der Grundsätze in der Gemeindeordnung, damit sich der ER dazu äussern konnte. Er wehrt sich gegen die Wegnahme der Kompetenz des Einwohnerrats durch Erlass von Reglemente ohne Gebühr.

Das Wort wird nicht weiterverlangt.

Abstimmung

1. *In § 3 lit. b Baugebührenreglement sei der Mindestbetrag für Baugesuche von heute CHF 250 auf CHF 500 anzuheben.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28:10 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung zugestimmt.

2. *Im Baugebührenreglement sei unter dem neuen § 7a die Konzessionsgebühr wie folgt zu regeln:*
§ 7a

¹ *Für die Benutzung von Konzessionsflächen wird pro m² und Saison eine Gebühr von CHF 20 erhoben.*

² *Der Betrag ist vor Inanspruchnahme der Konzessionsfläche zu entrichten.*

³ *Eine Konzession wird immer für eine ganze Saison ausgestellt, auch wenn diese nicht während der ganzen Saison genutzt wird.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 12:26 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung abgelehnt.

3. *Die Änderungen des Baugebührenreglements sollen nach Ablauf der Referendumsfrist sofort in Kraft treten.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:8 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Traktandum 8 – Strominfrastruktur

GK 141

Strominfrastruktur Altstadt, Erweiterung Stromnetzanschlüsse

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Negri, Referent FGPK

Die FGPK hat sich detailliert mit der Vorlage auseinandergesetzt. Die Strominfrastrukturanlagen in der Altstadt sind im Eigentum der Stadt, werden aber von der StWZ betrieben und unterhalten. Die Übertragung an die StWZ liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Die FGPK befürwortet die Übertragung. Es soll aber gemäss Meinung der FGPK keine Kostenbeteiligung geleistet werden. Die StWZ kann die Infrastruktur kostenlos übernehmen. Eine zusätzliche Subventionierung ist nicht angezeigt. Die anschliessenden Investitionen muss die StWZ tragen. Das hätte sie nämlich auch tun müssen, wenn das Netz damals bereits an die StWZ übertragen worden wäre. Das Votum entspricht auch der Meinung der SVP-Fraktion.

Nathalie Gysin, Fraktionsvotum glp

Die glp stimmt den Schlussfolgerungen der FGPK zu und unterstützt die Übertragung des Netzes. Dem zweiten Antrag zur Beteiligung an den Kosten stimmt die Fraktion nicht zu. Diese Kosten sollen durch gezieltes Sponsoring von Anlässen durch die Stadt aufgefangen werden. Das trägt zur Attraktivität zu.

Erich Roth, Fraktionsvotum DYM

Strom ist akut vorhanden oder nicht vorhanden. Die Fraktion sagt einstimmig ja zu Antrag 1. Es ist nicht verständlich, dass man damals nicht das gesamte Netz übertragen hatte. Das muss korrigiert werden. Antrag 2 wurde kontrovers diskutiert. Die Fraktion stimmt aber der Kostenbeteiligung grossmehrheitlich nicht zu. In der Konsequenz wird dies eine Abwälzung der Kosten auf die Event-Veranstalter bedeuten. Für gewisse Veranstalter wird dies schwer sein, insbesondere beim Wochenmarkt mit Kosten von CHF 7'500 statt CHF 0. Es soll entsprechend eine direkte Subventionierung durch die Stadt geprüft werden.

Maja Freiermuth, Fraktionsvotum FDP

Die Fraktion schliesst sich den bisherigen Voten an. Der erste Antrag ist unbestritten. Der zweite Antrag wird durch die Fraktion abgelehnt. Die Subventionierung der Anlässe muss anderweitig diskutiert werden. Es soll keine Quersubvention erfolgen.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum SP

Die SP unterstützt beide Anträge. Es macht Sinn, die Infrastruktur zu übertragen. Es kann so der Unterhalt und der Betrieb optimiert werden. Beim zweiten Antrag hat überwogen, dass grosse Anlässe, wie z. B. die Märkte, teilweise schwierige Bedingungen haben. Mit den Unterflurelektranten wird eine sichere Situation geschaffen.

Andreas Rügger, Stadtrat

Das Hauptthema der Diskussion ist die Unterstützung der Anlässe, insbesondere der Märkte. Über diese Frage wird sich der Stadtrat sicherlich unterhalten. Der Investitionsbeitrag wäre ein Kompromiss zwischen Stadt, StWZ und Veranstalter gewesen, welcher als faire Lösung eingestuft wurde. Die Übertragung des Netzes wurde damals vergessen, anschliessend ebenfalls der Unterhalt durch die Stadt. Daraus haben sich Sicherheitsprobleme ergeben. Es ist für den Stadtrat zentral, dass wenn eine AG gegründet wird, diese grösstmögliche Freiheiten am Markt haben soll. Das wurde auch bei der StWZ so gemacht. Der Stadtrat war deshalb der Meinung, dass die Tarifgestaltung der StWZ überlassen werden sollte. Bittet, dem Antrag 2 zuzustimmen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Eine Ablehnung des Beitrags an die StWZ würde bedeuten, die Beiträge an die Veranstaltungen im Budget zu erhöhen. Es muss dann geschaut werden, wo diese Beträge andernorts im Budget wieder eingespart werden können. Wenn keine Beiträge geleistet werden, muss mit dem Rückzug von Veranstaltungen gerechnet werden. Wenn mit diesem Beitrag an die StWZ das Problem gelöst werden kann, müssten anschliessend nicht andere Beiträge gesprochen werden.

Rudolf Günthardt, FDP

Es gibt auch Veranstalter, die mit einer neuen Gebührenregelung profitieren werden. Bei Anlässen kann man auch mit Sponsoring Gelder beschaffen. Das ist eine saubere, transparente Lösung. Ansonsten zahlt man einfach CHF 160'000 und weiss nicht, wie lange dieser Betrag hält. Die StWZ steht finanziell sehr gut da. Diese CHF 160'000 bringt die StWZ nicht um.

Yvonne Lehmann, SP

Es sprechen alle nur vom Geld, was man der StWZ "schenken" soll. Marode Stromanlagen sind aber gefährlich. Vielleicht sollte jede/r in sich gehen und vorgefasste Meinungen überdenken. Die Stadt hat in der Vergangenheit die Sanierungen vernachlässigt. Es ist nicht fair, nun die Sanierungen einfach der StWZ zu übergeben. Es geht hier um Sicherheit, nicht um Kommerz. Dem Antrag 2 sollte zugestimmt werden.

Peter Siegrist, Stadtrat

Jedes Jahr wurde gleich viel für die wiederkehrenden Anlässe budgetiert. Wenn der Betrag fix bleibt, entstehen für die Veranstalter höhere Kosten. Wenn nun Sponsoring gemacht werden soll, muss der Betrag angepasst werden. Es ist eine Grundsatzfrage, ob der Pott gleich bleiben soll und die Veranstalter sich selber um das Sponsoring kümmern müssen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es handelt sich um eine Infrastrukturvorlage. Bei der Rechtsformänderung wurde dieses Arealnetz nicht übertragen. Ob bewusst oder unbewusst muss nicht diskutiert werden, Fakt ist, es wurde nicht übertragen. Ein Rattenschwanz an Sachen die falsch gelaufen sind, ist entstanden. Die Veranstalter haben über viele Jahre nichts für den Strom bezahlt. Das war ein Fehler der Stadt, weil der Zusammenhang nicht bewusst war. Verschiedene Marktteilnehmer wurden dadurch, je nach Anschluss, ungleich behandelt. Die StWZ hat ihre Anschlüsse verrechnet, die Stadt nicht. Die Stadt hat zudem den Werterhalt nicht gemacht. Der Übertrag soll nun sauber vorgenommen werden, um die Verantwortlichkeiten korrekt zu trennen. Es ist nicht fair, die Aufgaben nicht zu machen und dann das Netz abzuschieben mit Übernahme der Kosten. Deshalb bittet der Stadtrat um Annahme des Antrags 2.

Robert Weishaupt, DYM

Ist für Kostenwahrheit. Die StWZ bekommt das Netz geschenkt. Ist dafür, dass punktuell diejenigen Anlässe unterstützt werden, welche dies nötig haben.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Was passiert, wenn die StWZ das Netz nicht übernehmen will ohne Kostenbeitrag? Die StWZ einfach zur Übernahme zu zwingen würde nicht der Governance entsprechen. Dann muss die Stadt entweder selber investieren oder gewisse Anlässe können nicht mehr so durchgeführt werden. Natürlich kann die Stadt die StWZ quasi zwingen. Für die Zusammenarbeit ist dies aber nicht fair.

Thomas Keller, FDP

Den Aspekt der Sicherheit soll man nicht einfach vorschieben. Die Sicherheitstests finden statt. Man soll das Netz übertragen, aber nicht noch Kostenbeiträge sprechen. Erneuerungen können und sollen anschliessend sicher gemacht werden, es gibt aber keinen Grund zum Schwarzmalen. Antrag 2 soll abgelehnt werden.

Michael Wacker, SP

Muss für den Stadtrat eine Lanze brechen. Der StWZ wird ein marodes Netz übergeben. Es könnte ja auch mal ein anderer Anbieter gefragt werden, was er für das Netz bezahlen würde. Am Ende muss man froh sein, wenn die StWZ das Netz übernimmt. Die StWZ gehört Zofingen. Über eine Dividendenerhöhung kann dieser Betrag wieder zurückgeholt werden. Der Antrag 2 soll aus Fairnessgründen unterstützt werden.

Rudolf Günthardt, FDP

In der Vorlage steht, dass die StWZ das Netz betreibt und unterhält. Hat die StWZ denn hier eine Mitschuld am Zustand? Es wird aber noch von Erweiterungen gesprochen. Das ist eine Investition in die Zukunft. Die StWZ soll damit anschliessend Geld machen können.

Andreas Rügger, Stadtrat

Ein Teil des Betrags ist für Erweiterungen. Ein anderer Teil aber ist für Sanierungen. Diesen Teil muss die Stadt nachschliessen, weil sie es über Jahre nicht unterhalten hat. Die StWZ hat das Netz betrieben, aber die Stadt hat es unterlassen, die Unterhaltsaufträge zu erteilen.

Das Wort wird nicht weiterverlangt.

Abstimmung

1. *Von der Übertragung der Strominfrastrukturanlagen in der Altstadt von der Einwohnergemeinde an die StWZ Energie AG sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. *Die Einwohnergemeinde Zofingen beteilige sich mit CHF 160'000 (inkl. Eigenleistungen) an den Instandstellungskosten und dem Ausbau der Unterflurelektranten in der Altstadt.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 9:29 Stimmen (ja/nein) bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Traktandum 9 – Parlamentarische Vorstösse

GK 128

Interpellation der Fraktion Grüne/Alternative vom 16. September 2019 betreffend Messwerte von Pestiziden und Metaboliten im Grundwasser; Beantwortung

Matthias Hostettler, Einwohnerrat

Ist befriedigt von der Antwort. Er regt an, das angeschaffte Unkrautvernichtungsgerät analog des Häckseldienstes auch an Private anzubieten.

GK 132

Interpellation von Andrea Plüss (DYM/EVP) vom 26. November 2019 betreffend Arbeitsfortschritt "Erstellung Abwasserkataster für die Hausanschlüsse"; Beantwortung

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Ist befriedigt von der Antwort. Es gibt aber noch viel zu tun. Es stellen sich Fragen, z. B. wieviele der neueren Häuser bereits Bauschäden aufgewiesen haben.

Traktandum 10 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Rudolf Günthardt, FDP

Es gibt ein neuer Parkautomat beim Pulverturm. Was sind die Erfahrungen?

In der Altstadt gibt es Leuchtreklamen. Für viel Geld wurde aber der Plan Lumière umgesetzt. Das beisst sich. Wie ist das zu verstehen?

Aarau befürchtet Krawalle wegen des abgesagten Maienzuges. Ist das in Zofingen auch auf dem Radar? Gibt es in Zofingen Verlängerungen der Öffnungszeiten?

Andreas Rügger, Stadtrat

Die neue Parkuhr beim Pulverturm hat gute Rückmeldungen erhalten, jedenfalls keine negativen. Er funktioniert. Gestützt auf diesen Piloten wird ein Wechsel in der ganzen Altstadt auf dieses System erfolgen, welches auch digitale Zahlungsmittel und Kreditkarten zulässt.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Bezüglich Leuchtreklamen ist das Ressort froh um einen Hinweis, um welches Gebäude es sich handelt. Dann wird dem nachgegangen.

Christiane Guyer, Stadträtin

Das Thema Zapfenstreich wird an der kommenden Stadtratssitzung diskutiert.

Matthias Hostettler, Grüne/Alternative

Gab es schon Littering-Bussen?

Christiane Guyer, Stadträtin

Die Polizei macht spezifische Litteringkontrollen in zivil. Bisher wurden fünf Litteringbussen ausgestellt. Die Thematik ist, dass man genau dann vor Ort sein muss, wenn jemand etwas wegwirft.

Franziska Kremer, SP

Wie ist der Stand des Zukunftskafis?

Rahela Syed, Stadträtin

Es sind zwei Projekte herausgekommen: Einerseits ein Generationenhausprojekt und andererseits ein Gartenprojekt. Mit der Fachhochschule Luzern läuft etwas im Bereich des Generationenhauses und auch mit der Bibliothek ist man im Austausch. Dort wird im August mit weiteren Resultaten gerechnet. Beim Gartenprojekt liegt ein Konzept zur Ausführung vor. Die Weiterbearbeitung erfolgt durch die Fachstelle Natur und Landschaft, sobald die neue Mitarbeiterin eingearbeitet ist.

Adrian Borer, glp

Kann man schon etwas zum Einfluss von Corona auf die laufende Rechnung der Stadt sagen? Wenn nein, wird man beim Budget mehr wissen?

Peter Siegrist, Stadtrat

Es wird sicher Einbussen im Stadtsaal (fehlende Veranstaltungen) und beim Werkhof geben (fehlende Vermietungen). Nächstes Jahr sollte ein Teil davon aufholbar sein (Nachholen von Anlässen).

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es gibt Mindereinnahmen, v. a. auch beim Parkhaus, aber auch Minderausgaben, z. B. beim Kinderfest und den Repräsentationssachen. Deshalb wird man 2020 vermutlich noch nicht allzu viel spüren. Entscheidend wird der Oktober. Der Start ins 2020 war steuerlich sehr gut. Im Herbst können aber bei den Rechnungen Korrekturen kommen. Einschlagen wird es 2021, insbesondere mit den Nachträgen und den provisorischen Rechnungsstellungen. Zurzeit wird von ca. CHF 2 bis 2.5 Mio. Mindereinnahmen bei den Steuern ausgegangen. Diese Schätzung deckt sich in etwa mit derjenigen des Kantons. Es ist aktuell aber noch Kaffeesatzlesen. Eine Zunahme der Sozialhilfefälle ist jetzt schon bemerkbar. Diese Tendenz wird 2021 nicht weg sein. Es muss da einiges mehr budgetiert werden. Der aktuelle Budgetprozess ist sehr anspruchsvoll. Diese Woche finden Ressortgespräche statt. Es wird Richtung Verzichtsplanung gehen, um ein vernünftiges Budget machen zu können. Schwierig dabei ist, dass viele Investitionsprojekte schon beschlossen wurden oder von Bundesbeiträgen abhängig sind. Abstriche in der laufenden Rechnung müssen gemacht werden.

Claudia Schürch-Meder, DYM

Gibt es künftig intensivere Prüfungen zur Baumsicherheit?

Peter Siegrist, Stadtrat

Im konkreten Fall erfolgte ein Tag zuvor der jährliche Baumumgang. Dem Baum konnte äusserlich nichts angesehen werden. Es wird aktuell analysiert, ob eine andere Art der Kontrolle, mit technischen Hilfsmittel, durchgeführt werden muss.

André Kirchhofer, FDP

Parkplatz untere Brühlstrasse: Diverse Problempunkte – ist sich der Stadtrat der verschiedenen Nutzungszwecken bewusst und gibt es eine einheitliche Bewilligungspraxis?

Peter Siegrist, Stadtrat

Muss das im Detail abklären, ob entsprechende Bewilligungen vorliegen.

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Bezüglich einwohnerrätlicher Spezialkommission zur Anpassung der Gemeindeordnung werden die Fraktionspräsidenten separat informiert. Die Präsidentin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 14. September 2020 hin, wünscht einen schönen Sommer und schliesst die Sitzung um 22.20 Uhr.

Zofingen, 20. Juli 2020

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Barbara Willisegger
Ratspräsidentin


Dr. Fabian Humbel
Protokollführer